

WESTEND

Peter Zudeick

# TSCHÜSS, IHR DA OBEN

VOM BALDIGEN  
ENDE DES  
KAPITALISMUS

Peter Zudeick

# TSCHÜSS, IHR DA OBEN

Vom baldigen Ende  
des Kapitalismus

WESTEND

*Mehr über unsere Autoren und Bücher:  
[www.westendverlag.de](http://www.westendverlag.de)*

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-938060-30-8

© Westend Verlag Frankfurt/Main  
im Piper Verlag GmbH,  
München 2009

Satz: Fotosatz Amann, Aichstetten

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Für Jutta und Jakob

# Inhalt

Zuvor: Über alles	9
1 Neulich im Café Größenwahn	13
2 Die Obszönität des Systems	29
3 Richtige und falsche Armut	50
4 Was ist gerecht? Die Philosophen haben das Wort	54
5 John Rawls und die Folgen	70
6 Die moralische Landkarte: Der Gerechtigkeitsinn	84
7 Nachrichten aus der ideologischen Antike	91
8 Die Neidgesellschaft	114
9 Homo oeconomicus: Die ökonomische Maschine	124
10 Chicagoer Gangster: Die Genmaschine	129
11 Von Diktatoren und Ultimaten: Die Humanökonomik	141
12 Das Kapital: In Ewigkeit. Amen.	150
13 Auch eine Revolution: Radikaler Humanismus	174
Hernach: Etwas fehlt	211
Anmerkungen	213
Literatur	225

## Zuvor: Über alles

Als der große Robert Gernhardt einmal die Nase voll hatte davon, immer pfiifige und witzige und treffende Titel für seine Bücher finden zu müssen, hat er das nächste Buch einfach *Über alles* genannt. Das stimmt irgendwie immer. Mir ging das zunächst nicht so. Auf dem Höhepunkt der Debatte über unverschämte Managergehälter und die Gier der Reichen kam unversehens eine ganz alte Diskussion wieder hoch: Was denn das Gegenteil von unverschämt sei? Und wer denn, bitte sehr, darüber zu befinden habe und nach welchen Maßstäben? Mit anderen Worten: Der jahrtausendealte Disput über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit in dieser Menschenwelt wurde wieder aktuell. Und ich konnte arglos auf den Vorschlag eingehen, darüber doch mal etwas so Grundsätzliches wie Aktuelles zu schreiben und dabei – gleichsam im Vorbeigehen – dem Kapitalismus einen derart heftigen Schlag zu versetzen, dass Karl Marx sich das wirklich allerletzte Mal im Grabe herumdrehen und dann endgültig Ruhe geben würde.

Es ist, wie jeder weiß, anders gekommen. Die schnelle Abfolge von Immobilienkrise, Finanzmarktkrise, Automarktkrise, Weltwirtschaftskrise hat nicht nur dafür gesorgt, dass Karl Marx wieder senkrecht im Grab steht, sondern auch dafür, dass dieses Buch plötzlich eins »über alles« wurde: über die Wirtschaft als solche, den Menschen als solchen, die Gesellschaft als solche.

Da aber der Titel »Über alles« dummerweise vergeben ist, reifte die Überlegung, ob es denn nicht allmählich mal reicht mit dem systematischen Gemurkse, das »die da oben« uns schon so lange Zeit als Normalität verkaufen: die Wirtschaftsbosse, die Politiker, »der Staat«. Ob nicht endlich mal, wie so häufig in den vergangenen Jahrhunderten, die Zeit gekommen ist, »Tschüss, ihr da oben« zu rufen und die Sache wieder selbst in die Hand zu nehmen. Damit halten wir's gerne wie weiland Helmut Kohl: »Ich bejahe die Frage mit Ja.« Und haben dann die weitere Frage am Hals, wie das wohl zu bewerkstelligen sei. Leider können wir uns nicht mit einem anderen wunderbaren Satz aus dem Elementarbuch politischer Rhetorik herausreden: »Die Frage stellen heißt sie beantworten.« Das Leben ist komplizierter.

Wer noch vor einigen Jahren von sozialer Gerechtigkeit redete, galt als Träumer oder Spinner, bestenfalls als Traditionalist. Das sei »altes Denken«, hieß es. In postindustriellen Gesellschaften, vor allem im Zeichen der Globalisierung, hätten solche Begriffe aus der Mottenkiste der Sozialpolitik keinen Platz mehr. Das hat sich radikal geändert. Soziale Gerechtigkeit ist wieder ein Kernthema geworden. Keine politische Partei kann es sich mehr leisten, dieses Thema im aktuellen Diskurs auszulassen.

Besonders bemerkenswert an dieser Karriere ist, dass die Parteien auf eine gesellschaftliche Entwicklung reagieren, die so nicht vorgesehen war. Sie folgen der Stimme des Volkes, tun also etwas ansonsten durchaus Verpönte: Sie sind »populistisch«. Solange die Debatten über Hartz-»Reformen«, sozialen Abstieg, neue Armut, gar Kinderarmut von den üblichen Verdächtigen geführt wurden, schien noch alles in Ordnung zu sein. Als sich dann aber die Erkenntnis durchsetzte, dass das »Prekariat« nicht nur den Unterschichten drohte, sondern dass die Mittelschicht allmählich auf die soziale Rutschbahn kam, da konnten auch die etablierten Parteien und die politischen Führungsriege die Augen nicht mehr verschließen.

Auf einmal wurde auch den Hartleibigen der Republik klar,

dass man Gerechtigkeitsfragen nicht mehr als Neiddebatten abtun kann. Sie versuchen es stattdessen mit anderen bewährten Taktiken. Die eine ist die Verschiebungstaktik. Jahrelang galt als ausgemacht, dass Gerechtigkeit ein Thema für schlechte Zeiten ist. Als mit Agenda 2010 und Hartz IV die schlechten Zeiten gekommen waren, hieß es: Gerechtigkeitsdebatten sind purer Luxus, den kann man sich nur in Aufschwungsphasen leisten. Als der Aufschwung kam, durfte der natürlich nicht kaputtdebattiert werden – und jetzt, in der großen, weltumspannenden Krise, geht den Verschiebetaktikern irgendwie die Puste aus.

Die andere Taktik besteht aus inhaltender Zustimmung. Wirtschaftsbosse und die ihnen angeschlossenen Politiker sprechen gerne von »gefühlter Gerechtigkeit«, um klarzumachen, dass diese ganze Debatte mit Logik nichts zu tun hat, man aber trotzdem auf das »Gerechtigkeitsempfinden« der Bevölkerung einzugehen gewillt sei. Aus psychologischen und allgemein menschenfreundlichen Erwägungen.

In der Tat hat die Verwendung des Begriffs Gerechtigkeit in kurzer Zeit derart inflationär zugenommen, dass er kaum noch Konturen hat. Man kann darunter alles meinen – und damit eben auch nichts. Dem kommt die Politik gerne entgegen mit einer Vielzahl von »Bindestrich-Gerechtigkeiten«: Chancen-, Einkommens-, Leistungs-, Bedarfs-, Verteilungs-, Generationengerechtigkeit, die globale Gerechtigkeit und anderes mehr nicht zu vergessen. Ein netter, aber nicht besonders tauglicher Versuch, den Begriff beliebig und lächerlich zu machen und sich dadurch eine lästige Debatte vom Leibe zu halten.

Der Begriffssalat kann die meisten Menschen aber nicht von der Überzeugung abbringen, dass Gerechtigkeit etwas völlig Selbstverständliches ist. Für Philosophen von der Antike bis heute genau wie für die Menschen in ihrer Alltagswelt heißt eine zentrale Forderung: Es muss gerecht zugehen. Bloß: Wie ist das zu bewerkstelligen? Welche Kriterien gibt es für Gerechtigkeit?

»Keine andere Frage ist so leidenschaftlich erörtert, für keine

andere Frage so viel kostbares Blut, so viel bittere Tränen vergossen worden, über keine andere Frage haben die erlauchtsten Geister – von Platon bis Kant – so tief gegrübelt. Und doch ist diese Frage heute so unbeantwortet wie je. Vielleicht, weil es eine jener Fragen ist, für die die resignierte Weisheit gilt, dass der Mensch nie eine endgültige Antwort finden, sondern nur suchen kann, besser zu fragen.«

Das schrieb Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Staatsrechtler und Rechtspositivist Hans Kelsen über Gerechtigkeit und demonstrierte damit eine in der Wissenschaft recht beliebte Form, sich ein Problem vom Halse zu schaffen. Nämlich indem man weise, aber resigniert und vor allem wortreich darüber redet.<sup>1</sup> Wir wollen gleichwohl seinem Ratschlag folgen, besser, und das heißt schärfer zu fragen. Ohne Interesse an wohlfeiler Resignation. Aber mit großem Interesse an der Frage, wem diese Resignation nützen könnte.

## 1 Neulich im Café Größenwahn

Eins der populärsten Bilder des 20. Jahrhunderts ist Edward Hoppers »Nighthawks«, also wörtlich »Nachtfalken«. Die Übersetzung »Nachteulen« wäre wohl treffender. Der deutsche Titel »Nachtschwärmer« dagegen führt ein wenig in die Irre. Denn auf diesem Bild wird nicht geschwärmt: Drei Gäste und ein Kellner im Neonlicht eines nächtlichen Cafés, maskenhaft starr, Ikonen der Einsamkeit. Wir stehen draußen, schauen zu, und es fröstelt uns angesichts der Kälte dieses Bildes. Freilich hat das alles auch mit uns zu tun, wir schauen auch uns zu, wenn wir die »Nighthawks« betrachten.

Ein nicht ganz so populäres Bild bietet sich den meisten von uns, wenn wir uns umschaun, ins Leben schauen in diesen bewegten, wirren Zeiten. Ähnlich wie bei Edward Hopper und doch auf vertrackte Weise ganz anders. Wieder stehen wir draußen, wieder schauen wir rein: ins Café Größenwahn. Da geht's hoch her. Da werfen merkwürdige Gestalten – mal finster, mal grellbunt – mit Geld um sich, jonglieren mit Aktien und Zertifikaten, halten Hof, schreiten gespreizt oder toben wie toll umher. Auch sie maskenhaft, selbst wenn's ganz schrill zugeht. Sie spielen ein Spiel, und wir schauen zu. Und wir wissen, das alles hat auch mit uns zu tun. Denn obwohl wir draußen stehen, ausgeschlossen sind, wird da auch unser Spiel gespielt. Mit uns wird gespielt. Und wir können nicht rein, können nicht eingreifen.

## Es geht um – fast – nichts

Die Geschäfte gehn nicht. Kein Mensch hat Geld.  
Es ist ein Elend auf der Welt!  
Keine Kredite und keine Kunden!  
Wie soll Deutschland dabei gesunden?  
Geschäfte machen hat gar keinen Sinn.  
Herzliche Grüße! Wir sitzen hier in  
Lugano.  
*Kurt Tucholsky, Deutsche Pleite (1925)*

Im Mai 2005 konnte Wendelin Wiedeking Hoffnung schöpfen. Die frohe Botschaft kam von Justizministerin Brigitte Zypries mit dem Satz: »Es geht nicht um die Einführung des Sozialismus auf Vorstandsebene.« Genau das hatte der Porsche-Chef angesichts der aufgeregten Diskussionen um Managergehälter nämlich befürchtet. Ob dieser Vorgang mehr über den Geisteszustand von deutschen Topmanagern oder den Humor von Spitzenpolitikern aussagt, sei dahingestellt. Uns mag dieses Aperçu dazu dienen, in verschärfter Form die Frage zu stellen, worum es bei der Debatte um Managergehälter denn damals ging. Und bis heute geht. Antwort: um nichts. Oder sagen wir: um fast nichts.

»Kontrolle durch Transparenz«, dieses Motto hatte Frau Zypries ausgegeben. Kontrolle von Managergehältern durch die Aktionäre von börsennotierten Kapitalgesellschaften. Das entsprechende Gesetz wurde im Sommer 2005 beschlossen, es trat 2007 in Kraft. Seither müssen Spitzenmanager von Aktiengesellschaften ihre Gehälter offenlegen. Auch Gewinnbeteiligungen, Rentenansprüche, Abfindungen und geldwerte Sachleistungen wie Dienstwagen oder Dienstvilla.

Wer gegen diese Vorschrift verstößt, muss bis zu 50 000 Euro Bußgeld zahlen.

Eine schreckliche Drohung für Spitzenmanager. Und da in diesen Zusammenhängen meist über Banken geredet wird, nehmen wir mal ein anderes Beispiel: die Stahlindustrie. 2005, als

die erste große Woge der Empörung über Managergehälter übers Land kam, hatten die Stahlwerker gerade 3,5 Prozent mehr Lohn und eine Extrazahlung von 500 Euro erstritten. Der erste Stahlstreik seit 27 Jahren war dadurch gerade noch einmal abgewendet worden. Die Spitzenmanager von Thyssen-Krupp hatten sich im Jahr zuvor durchschnittlich 50 Prozent mehr genehmigt. Vorstandschef Ekkehard Schulz kam gar auf 64 Prozent plus, er kassierte damals 2,3 Millionen Euro pro Jahr, heute sind es über vier Millionen. Seine Angst vor einem 50 000-Euro-Bußgeld dürfte dem angemessen sein.

Wie gesagt: Es geht um fast nichts. Von Einschränkung oder Begrenzung der Managergehälter war nie die Rede, und auch deren Offenlegung kann verhindert werden: durch eine Dreiviertel-Mehrheit der Aktionäre. Deren Rechte wurden gestärkt. Sie können sich dank Frau Zypries ein Bild über Gehalt und Leistung von Topmanagern machen. Wenn sie wollen. Sie können allerdings nicht an der Gehaltsschraube drehen. Der Aufsichtsrat soll darauf achten, dass die Gesamtbezüge des Managements in einem angemessenen Verhältnis zu seinen Aufgaben und zur Lage der Gesellschaft stehen. So steht es im Aktiengesetz. Aber die Aktionärsversammlung kann keine Managergehälter regulieren. Sie kann höchstens Vorstände rausschmeißen, die es allzu unverschämt treiben.

Der staatliche »Eingriff in die Firmenpolitik«, über den Vorstände und Manager lautstark klagten, ist damals also abgewendet worden. Mit guten Gründen – aus Sicht der Unternehmen. Denn zur Firmenpolitik vor allem börsennotierter Unternehmen gehört es, Spitzenmanager mit Spitzengehältern zu ködern, damit sie ihren Job tun, und der heißt: die Rendite steigern. Solange das funktioniert, ist auch wenig dagegen zu sagen. Wenn ein Vorstandschef den Aktionären, also den Besitzern, mehr Reichtum verschafft, dann hat er seinen Job gemacht. Das ist die ökonomisch-technokratische Logik. Über deren Geltungsanspruch noch zu reden sein wird. Denn wenn dieser zusätzliche



Reichtum auf Kosten der Beschäftigten geht – durch Massenentlassungen, Lohn- und Gehaltseinschränkungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen –, dann müsste man über diese Logik doch noch einmal nachdenken.

Inzwischen aber brachen immer wieder neue Wellen der Empörung über die Topmanager herein. Anfang 2008 stellt die Unternehmensberatung Kienbaum fest: Im Geschäftsjahr 2006/2007 waren die Gehälter von Vorständen deutscher Unternehmen im Schnitt um 17,5 Prozent gestiegen. Deutsche Chefs verdienen glänzend, vor allem die von börsennotierten Unternehmen: plus 23,3 Prozent. Die Grundvergütungen sind dabei weitgehend gleich geblieben, dafür wuchsen die erfolgsabhängigen Prämien und Zulagen. Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, liegt mit 13,9 Millionen Euro Jahresgehalt an der Spitze und damit rund zehn Millionen über dem mittleren Einkommen von Vorstandsvorsitzenden in den größten deutschen Unternehmen: 3,9 Millionen Euro. Insgesamt sind die Vorstandsgehälter in den Dax-Unternehmen in den zwanzig Jahren seit Einführung des Deutschen Aktienindex um 650 Prozent gestiegen.

Warum müssen Topmanager so viel einnehmen? (Ob sie's verdienen, ist ja noch eine andere Frage.) Weil die Spitzenleute sonst aus dem Ausland weggekauft werden, lautet ein Argument. Freilich hat noch niemand eine besonders hohe Nachfrage nach deutschen Managern zum Beispiel aus den USA, aus Großbritannien, Frankreich oder der Schweiz bemerken können. Da kassieren Topmanager mehr. Je nachdem, wie man rechnet. Beim Bargehalt nämlich liegen deutsche Manager deutlich vor ihren französischen, schweizerischen und amerikanischen Kollegen. Im Schnitt kassiert ein Dax-Vorstandschef 3,82 Millionen Euro. In Frankreich käme er nur auf 2,3, in der Schweiz immerhin auf 2,99 und in den USA auf 3,03 Millionen Euro. Das hat die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) für 2007 ausgerechnet.

Allerdings sind da die Sahnehäubchen nicht mit drin: die Aktienoptionen. Da kommen in der Schweiz zum Beispiel noch einmal drei Millionen Euro im Schnitt drauf. Und in den USA kann man mit Aktienoptionen so richtig abräumen. Was auch daran liegt, dass für Aktien und Optionsscheine in den USA weniger als der halbe Steuersatz gezahlt werden muss. Das lohnt sich also doppelt. So schrauben sich die Jahreseinkommen von US-Spitzenmanagern auf 15,7 Millionen Euro hoch. Im Durchschnitt, versteht sich. Da machen sich die 13,9 Millionen von Josef Ackermann geradezu bescheiden aus.

In der Schweiz, wo Josef Ackermann herkommt, sind die Verhältnisse ähnlich wie in Deutschland. Da haben sich die Vorstandsbezüge in den zwanzig größten Aktiengesellschaften von 2005 bis 2006 um 17 Prozent erhöht. In einigen Unternehmen fiel die Steigerung in den vergangenen Jahren besonders üppig aus. Bei Nestlé bekamen die Chefs im Jahr 2002 insgesamt 17 Millionen Euro, 2006 waren es 33 Millionen. Ein Plus von 95 Prozent. Bei der Credit Suisse stiegen die Chefgehälter im selben Zeitraum um 88, bei der Zurich-Gruppe um 188 Prozent. »Solche Vergütungen sind wirtschaftskriminell, Diebstahl am Vermögen der Aktionäre.« Sagt Thomas Minder. Er ist Zahnpastafabrikant, Chef eines Familienunternehmens mit dreißig Angestellten. Seine Firma lieferte Zahnpasta und Mundwasser auch der Swissair – bis zum Konkurs der Fluggesellschaft. Minder blieb auf seinen Rechnungen sitzen, während der letzte Swissair-Chef sich im voraus fünf Jahresgehälter hatte auszahlen lassen – 7,6 Millionen Euro.

Da platzte dem Zahnpastamann der Kragen. Er gründete im Oktober 2006 eine »Volksinitiative gegen Abzockerei«. Inzwischen hat er 100 000 Unterschriften zusammen, genug für eine Volksabstimmung zur Begrenzung von Managergehältern. Darin wird gefordert, dass die Hauptversammlung »jährlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung abstimmen soll«. Außerdem sollen Anteils-

eigner elektronisch fernabstimmen können. Und: »Das Depotstimmrecht ist untersagt.« Wenn Minder Erfolg hat, könnte die Schweiz in ein neues Zeitalter eintreten.

Mit einer Volksinitiative kann Deutschland nicht aufwarten. Aber den Volksvertretern im Bundestag war die Beruhigungspille für Porsche-Chef Wiedeking von Ministerin Zypries angesichts der öffentlichen Empörung auf Dauer dann doch nicht genug. Sie wollen mehr als nichts. Die Linkspartei fordert schon länger eine Begrenzung der Gehälter, die Grünen setzen auf Begrenzung der steuerlichen Absetzung von Abfindungen, in der SPD sucht man nach Lösungen im Aktien-, Steuer- und Handelsrecht, und auch in der Union melden sich immer mehr Kritiker »exzessiver« Managergehälter zu Wort. Wobei aus der CDU Stimmen laut werden, man müsse dann auch über die Gehälter von GmbH-Geschäftsführern, Spitzensportlern und öffentlich-rechtlichen Fernsehstars diskutieren. Zumal die Honorare für Großverdiener wie Thomas Gottschalk von den Gebührenzahlern mitfinanziert werden. Während die FDP weiter von »Neidreflex« und »antimarktwirtschaftlicher« Politik spricht.

Schuld an alledem ist auf vertrackte Weise Brigitte Zypries. Denn ihr Offenlegungsgesetz hatte ja das unausgesprochene Ziel, die Entwicklung der Gehälter nach oben zu stoppen. Tatsächlich steigen die Einkommen der Manager, seit die neue Offenheit gilt. Ob nun um 17,5 Prozent, wie Kienbaum sagt, oder um 11 Prozent, wie die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz herausgefunden hat. Fachleute hatten diese Entwicklung vorausgesehen. Transparenz führe zu einem »Wettlauf um das höchste Gehalt«, hieß es vor allem aus den USA. Dort war vor rund zwanzig Jahren die Offenlegung der Managergehälter eingeführt worden. Ergebnis: 1990 bekamen amerikanische Topmanager das Hundertfache eines Durchschnittslohns, 2006 schon das Vierhundertfache.

In Deutschland sorgten ganz andere Dimensionen für neue Aufregung, und wieder ging es um Porsche-Chef Wendelin Wie-

deking. Ende 2007 kam heraus, dass er etwa 60 Millionen Euro jährlich einnimmt. Das ist geschätzt, denn Porsche veröffentlicht die Managerbezüge nicht, weil drei Viertel der Hauptversammlung das so beschlossen haben. Für 2008 wurde Wiedekings Gehalt sogar auf 100 Millionen geschätzt. Da ist der Bonus natürlich eingerechnet, den Porsche seinem Chef zahlt. Der ist höher als die Bonuszahlungen für die gesamte Belegschaft. Insgesamt verdient der Porsche-Chef das Zweitausendfache dessen, was er seinen Arbeitern bezahlt. Und die gehören nicht zu den Geringverdienern im Lande. Ist das gerecht? Ist das anständig? Oder eher sittenwidrig? Wird mit solchen Exzessen nicht der Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet? Wo bleibt die unternehmerische Ethik? Gute Fragen, schöne Fragen. Wir stellen sie einstweilen zurück.

Denn wir reden immer noch von Unternehmen, die entweder einem Eigner, einer Eignergruppe oder einer großen Eigner-gemeinschaft (Aktiengesellschaft) gehören. Und auf den ersten Blick ist der Standpunkt durchaus einleuchtend, dass niemand den Eignern vorschreiben kann und darf, wie viel sie ihren Angestellten bezahlen. Solange sie erfolgreich sind. Oder wie viel gezahlt wird, um sie loszuwerden.

Einiges kommt dabei recht harmlos daher. Robert Eaton war Chef des US-amerikanischen Autobauers Chrysler. Er organisierte die Fusion mit Daimler und durfte dann gehen. Mit einem Handgeld von 60 Millionen Euro, Thomas Middelhoff wurde die Trennung von Bertelsmann mit 25 Millionen versüßt, Clemens Börsig bekam für den Wechsel vom Finanzvorstand zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank rund 15 Millionen Euro. Das wird keinem normalen Menschen einleuchten, aber auch keine grauen Haare machen.

Ein ganz anderes Problem tut sich auf, wenn Manager scheitern, wenn sie ein Unternehmen an die Wand fahren und auch dafür noch hoch bezahlt werden. Die Schweizer Großbank UBS geriet Ende 2007 ins Straucheln, weil sie rund 19 Milliarden

Franken in faulen US-amerikanischen Hypotheken versenkt hatte. UBS-Chef Marcel Ospel erhielt zuletzt ein Jahresgehalt von 14 Millionen Euro und kassierte eine Abfindung von 12 Millionen Euro. Diese Misserfolgsgratifikationen gehören offenbar zum Alltag im ganz großen Geschäft.

Ob bei der UBS Arbeitsplätze verlorengehen, ist noch nicht entschieden. Aber auch das wäre kein Problem für diejenigen, die das große Rad drehen. 1994 erklärte Hilmar Kopper, Vorstandschef der Deutschen Bank, 50 Millionen Mark Verlust bei der Pleite des Baulöwen Jürgen Schneider seien »Peanuts«. Leidtragende waren Handwerker, die auf ihren Rechnungen sitzenblieben. Handwerker kommen in der Welt der Großen offenbar nicht vor.

## Ackermanns Victory-Zeichen

Zehn Jahre später zeigten Josef Ackermanns Victory-Zeichen und Klaus Essers arrogantes Grinsen im Düsseldorfer Gerichtssaal, was sie von Recht und Gesetz halten. Esser hatte als Chef des Mannesmann-Konzerns versagt. Zumindest nach landläufigen Maßstäben. Er hatte eine Schlacht verloren, hatte die feindliche Übernahme durch die britische Mobilfunkgesellschaft Vodafone nicht verhindern können. Bei dieser Schlacht sollen mehr als 250 Millionen Mark an Abfindungen und Gratifikationen an führende Manager, Aufsichtsräte und Pensionäre des Konzerns geflossen sein. Allein rund 60 Millionen Mark an Esser, was dieser bestätigte.

Denn er hatte durchaus kein Unrechtsbewusstsein. Josef Ackermann, als Chef der Deutschen Bank für die Zahlung der Abfindungen zuständig, auch nicht. Die Essers und Ackermanns leben in einer Welt, die mit der »normalen« nichts zu tun hat. Sie haben jede Bodenhaftung verloren. Das bezieht sich nicht nur auf die Summen, um die es geht. Es geht ums System: Millionen-

prämien für die früheren Mannesmann-Manager sind »zulässige und angemessene Unternehmensentscheidungen«, erklärte Josef Ackermann. Schließlich hat Klaus Esser den Unternehmenswert von Mannesmann auf 160 Milliarden Euro gesteigert und damit mehr als verdoppelt. Dafür gibt's entsprechende Gratifikationen. Und die Herrschaften können gar nicht verstehen, wieso man ihnen mit dem Strafrecht kommt.

Da haben sie vermutlich nicht mal so unrecht. Untreue ist ein schwammiger Tatbestand, Gier und Raffsucht sind damit nicht zu fassen. Vor allem aber kann das Strafrecht nicht die Moral ersetzen. Die Herren Ackermann und Esser reagieren auch deshalb so verständnislos, weil sie diese Dimension nicht begreifen. Sie arbeiten für die Anteilseigner, die Aktionäre, englisch shareholder. Der sogenannte Shareholder-Value ist ihre Religion. Und die geht über Leichen. Buchstäblich und symbolisch. Wer Betriebe sterben lässt oder Massenentlassungen anordnet, sorgt für einen guten Börsenkurs. Dafür gibt es fette Prämien. So funktioniert das System. Moral kommt darin nicht vor, Menschen kommen darin nicht vor.

Ein anderes Beispiel: Jürgen Schrempp und Hilmar Kopper sorgten an der Spitze von DaimlerChrysler für einen steilen Abstieg des Konzerns. Sie sind dafür üppig belohnt worden. Jürgen Schrempp musste nicht einmal auf eine saftige Abfindung zurückgreifen. Er hat millionenschwere Aktienoptionen, deren Wert unaufhaltsam steigt. Weil seine Nachfolger den Laden erfolgreich sanieren, den Schrempp fast an die Wand gefahren hat. Dazu zahlt ihm Daimler Büro, Wagen, Chauffeur und Sekretariat auf Lebenszeit.

Ex-Siemens-Chef Heinrich von Pierer und sein Nachfolger Klaus Kleinfeld profitierten von horrenden Einkommenszuschlägen, die der Konzernvorstand sich selbst genehmigte. Während gleichzeitig Tausende von Arbeitsplätzen in der Handysparte verloren gingen, die der Weltkonzern Siemens schlicht pleite gehen ließ. Und Kleinfeld-Nachfolger Peter Löscher sorgt für

einen Boom der Siemens-Aktie mit der Ankündigung, dass weltweit 17 000 Arbeitsplätze abgebaut werden, über 5000 allein in Deutschland. Und das alles vor dem Hintergrund eines beispiellosen Schmiergeldskandals. Peter Löscher kassiert 11,5 Millionen Euro im Jahr, Klaus Kleinfeld musste sich noch mit gut sechs Millionen begnügen.

Dafür bekam auch er einen goldenen Abschied. Weil man offenbar vergessen hatte, in seinen Vertrag die übliche Wettbewerbsklausel aufzunehmen, hätte er sofort zur Konkurrenz gehen können. Fast sechs Millionen Euro ließ Siemens es sich kosten, das zu verhindern. Kleinfelds nächster Arbeitgeber war aber gar kein Konkurrent, sondern der US-Rohstoffkonzern Alcoa. Wo der ehemalige Siemens-Mann neben Gehalt, Boni, Umzugshilfen und anderen Zulagen eine Antrittsprämie von 6,5 Millionen Dollar einstreichen konnte.

Warum müssen Topmanager so üppig verdienen? Weil sie so viel leisten und weil sie so viel Verantwortung tragen, heißt es. Dass Leistung nicht unbedingt ein Kriterium ist, haben wir gesehen. Und Verantwortung? Eigenes finanzielles Risiko jedenfalls tragen Spitzenmanager nicht. Sie sind keine Unternehmer im klassischen Sinn, die mit ihrer ganzen Existenz und ihrem ganzen Vermögen oder Teilen davon im Unternehmen aufgehen. Diesen Typus gibt es allenfalls noch in Familienunternehmen und in mittelständischen Betrieben.

Peter Löscher bekommt bei Siemens fast das Doppelte wie sein Vorgänger Klaus Kleinfeld, weil er angesichts der prekären Situation des Konzerns hoch pokern konnte. Verantwortung? So was kommt in den Verträgen von Spitzenmanagern nicht vor. Da steht Vollkasko ohne Selbstbeteiligung drin.

Üblich sind Fünfjahresverträge. Wird früher gekündigt, muss für den Rest der Laufzeit weiter gezahlt werden. Dazu kommen Pensionsansprüche, die beim Wechsel zu anderen Unternehmen mitgenommen werden. Da kann im Laufe der Jahre einiges zusammenkommen. Utz Claasen, Jahrgang 1963, bis September

2007 Chef der Energie Baden-Württemberg (EnBW), hatte vor seinem Engagement in Karlsruhe Führungspositionen bei McKinsey, Ford, Volkswagen, Seat und Sartorius. Die insgesamt angehäuften Pensionsansprüche verschafften ihm ein relativ sorgenfreies Leben, zumindest bis zum Jahre 2026. Bis dahin muss EnBW ihm jährlich rund 400 000 Euro zahlen.

Verträge mit Spitzenmanagern garantieren organisierte Verantwortungslosigkeit bei optimaler Absicherung. Ein besonders kurioses, aber auch klassisches Beispiel ist Walter Deuss, der es als Pensionär zu einiger Berühmtheit brachte. Deuss war seit 1972 Vorstandschef der Karstadt AG, als solcher federführend an der Übernahme von Neckermann (1977) und Hertie (1994) beteiligt und auch an der Fusion von Karstadt und Quelle 1999. Nach Kritik an seiner Unternehmensführung ging er im September 2000 in Pension. Mit den üblichen vertraglich zugesicherten Zierleuten für einen angenehmen Ruhestand. Dazu gehörte ein angemessener Dienstwagen mit Fahrer bis ans Lebensende. Wobei der Fahrer rund um die Uhr zur Verfügung stehen musste.

Als der Konzern 2004 ins Schlingern geriet und 4000 Arbeitsplätze gefährdet waren, verfügte die Unternehmensleitung drastische Sparmaßnahmen. Auch ehemalige Manager sollten auf Privilegien wie Dienstwagen verzichten. Was einige auch taten. Der ehemalige Chef allerdings sollte Dienstwagen und Fahrer behalten. Nur die Überstunden des Chauffeurs wollte der Konzern nicht mehr bezahlen. Deuss verklagte Karstadt-Quelle, und das Landgericht Essen gab ihm recht. Er hat immer noch Wagen und Fahrer umsonst rund um die Uhr, dafür hat er von der Boulevardpresse den Ehrentitel Raffke-Boss verliehen bekommen.

Was treibt Spitzenmanager zu solch merkwürdigem Verhalten, das man genauso gut asozial nennen kann? Denn mit dem Begriff Vollkasko-Mentalität ist das Phänomen ja nur beschrieben, aber nicht erklärt. Nehmen wir Klaus Zumwinkel, den ehemaligen Chef der Post AG. Der Mann ist von Hause aus Multimil-

lionär, zehn Kaufhäuser und fünfzig Discountläden hat er geerbt und versilbert. Die rund vier Millionen Euro Jahresgehalt der Post hätte er also gar nicht gebraucht. Wir dürfen aber annehmen, dass er nicht nur Erbe sein wollte, dass die Herausforderung einer Spitzenposition in einem Weltunternehmen ihm einige Genugtuung verschaffte.

Aber warum greift ein solcher Mann ganz tief in die Trickkiste, um sich noch einmal 4,7 Millionen Euro extra in die Tasche zu stecken? Und zwar durch den Verkauf von Post-Aktien in dem Augenblick, als er wusste, dass die Aktien nach der Entscheidung für den Mindestlohn anziehen würden. Das könnte man auch Insidergeschäft nennen, das war also schon mal hart an der Grenze der Strafbarkeit. Warum macht so einer so was? Und warum schiebt so einer am deutschen Fiskus vorbei Millionen auf eine Liechtensteiner Bank? Wegen dieses Verdachts musste Zumwinkel Anfang 2008 zurücktreten.

## Spieltrieb, Gier, Image, Sucht

Eine Erklärung: Es ist der Spieltrieb. Der Mann will ausprobieren, was geht. Er will zocken. Immer nach dem Motto: »Recht ist, womit ich durchkomme.« Er muss testen, womit er durchkommt. Bei der Steuerhinterziehung kommt der Nervenkitzel dazu, da prickelt's bei dem Gedanken, den Staat, den Fiskus aufs Kreuz zu legen. Was für ein Gefühl, wenn man sagen kann: Ich habe sie alle geleimt. Mir kommt keiner auf die Schliche. Einschließlich des noch prickelnderen Gefühls, doch erwischt werden zu können. Oder ist Klaus Zumwinkel einfach eine Krämerseele, die jeden, aber auch jeden Euro rausholen will, den man rausholen kann? Egal wo, egal von wem?

Die zweite Erklärung: Es ist die Gier. Wer viel hat, will oder muss immer noch mehr haben. Oder er glaubt, es wollen zu müssen.<sup>1</sup> Nur: Was macht einer, der in einem Jahr 60, im nächsten

100 Millionen Euro einnimmt, mit der Differenz? Wo gibt Porsche-Chef Wiedeking die zusätzlichen 40 Millionen Euro aus? Er ist ja keineswegs ein Jet-Set-Typ, kein Glamour-Boy. Wiedeking steht nicht für Yachten, schmucke Villen, teure Klamotten, teure Frauen, nicht für Partys und Champagner und Kaviar. Nur für schnelle Autos. Porsche eben. Wiedeking selbst rechtfertigt sein astronomisch hohes Gehalt mit dem Erfolg seines Unternehmens. Ist das nur sein Erfolg? Oder anders: Ist Wiedekings Anteil an diesem Erfolg zweitausendmal größer als derer, die seine Autos zusammenschrauben?

Dritte Erklärung: Es geht ums Image. Josef Ackermann, auch nicht eben bekannt für ein aufwendiges, auffälliges Luxusleben, hat in einem Interview mal vom Marktwert eines Managers gesprochen. Als er 1996 bei der Deutschen Bank einstieg, bekam er zwei Millionen Euro im Jahr. 2002 wurde er Vorstandsvorsitzender, und wenn er in diesem Amt immer noch auf dem Gehaltsniveau von 2002 wäre, »würde ich jeden Respekt verlieren. Man würde sagen: Der hat keinen Marktwert.« Um diesen Marktwert zu demonstrieren, wurden bei der Deutschen Bank unter Ackermanns Ägide die Gehaltsstrukturen angehoben.

Das ist die Logik, nach der sich Ackermanns Gehalt in zwölf Jahren versiebenfachte. Von zwei auf über 14 Millionen Euro. In Ackermanns Worten: »Aber natürlich ist das aus der Logik einer Welt gesprochen, die nicht öffentlich darstellbar ist, das ist mir auch klar.« Warum denn nicht? Dass die abgehobenen und geschlossenen Gesellschaften von Vorständen und Aufsichtsräten in ganz primitiven Kategorien denken, wird niemanden verwundern. Oberkategorie: Wir müssen schauen, wer in welcher Liga spielt, und unsere Chefs dürfen nicht weniger verdienen als die Chefs der anderen Vereine in derselben Liga. Das ist eine ganz normale, wenn auch formalistische Konkurrenzlogik. Topmanager sind Sklaven ihrer eigenen und der Erwartungen ihrer Konkurrenten. Möglicherweise ticken auch die Kunden so: Wenn der Spitzenmann der Firma, an der ich beteiligt bin, ein Hun-

dert-Millionen-Mann ist, dann bin auch ich mehr wert. Analysten und Ratingagenturen neigen ohnehin dazu, den Wert eines Unternehmens nach dem Gehalt des Spitzenmannes zu beurteilen. Weniger nach seiner Leistung, weniger nach der Stabilität und Seriosität des Unternehmens.

Vierte Erklärung: Es ist eine Art Sucht. Wie die Spielsucht. Das Spiel geht in dem Fall darum, wer das meiste Geld rafft – und damit auch – siehe oben – sozialen Status erwirbt, Ansehen, Image. Wer Geld als Mittel betrachtet, sich das Leben so angenehm wie möglich zu machen, gehört nicht in diese Liga. »Echtes Interesse an Geld setzt voraus, dass es zum Selbstzweck wird, ein Zweck, dem man alles andere unterordnet.« Das schreibt ein deutscher Banker im Oktober 2008 in einem anonymen Beitrag für die Tageszeitung *Die Welt*.<sup>2</sup> Und weiter. »Wer einmal Businessclass geflogen ist, will nie wieder in die Economy zurück. Und ist man vom Komfort der Businessclass auch noch so beeindruckt, steht fest: Das neue Ziel kann nur die First Class sein. Wer etwas anderes erzählt, lügt. So wird man angefixt – von nun an braucht man immer mehr Geld für immer mehr Status.« Wohlgemerkt: Nicht für ein angenehmes Leben im landläufigen Sinn. Denn das führen die Geldsüchtigen wohl wirklich nicht.

Freilich ist man inzwischen geneigt, das alles seinerseits für »Peanuts« zu halten. Denn die Welt des wirklich großen Geldes, der ganz großen Zahlen liegt woanders. Es ist die Welt der Multimilliardäre. Das US-amerikanische Magazin *Forbes* veranstaltet jedes Jahr eine Milliardärszählung. Aktueller Stand: 1125 Milliardäre weltweit. Noch nie gab es so viele Superreiche wie heute. Man spricht in den USA schon von einer Rückkehr des »Gilded Age«, also des vergoldeten Zeitalters. So nannte der Schriftsteller Mark Twain die Zeit zwischen 1875 und 1914, eine Zeit des technischen Fortschritts, des wirtschaftlichen Aufschwungs, eine Zeit der Anhäufung unermesslichen Reichtums, aber eben auch eine Zeit von Korruption und großer Armut. In dieser Epoche kamen die Rockefellers, die Vanderbilts, die Carnegies, die

Morgans zu ihren Imperien. Cornelius Vanderbilt war mit seinem Vermögen von rund 100 Millionen Dollar einer der reichsten Männer seiner Zeit. Heute wäre es über 140 Milliarden Dollar wert.

Das Spitzentrio der reichsten Männer der Welt heute – Bill Gates, Warren Buffett, Carlos Slim Helú – erreicht zwar nur rund 60 Milliarden Dollar pro Person, aber man kommt zurecht. Denn Geld verdient Geld, da muss man gar nichts tun. Ab einem bestimmten Punkt genügt es, Geld zu haben, und man wird automatisch immer reicher. Man kann nicht einmal was *dagegen* tun. Larry Ellison, Gründer und Präsident des US-amerikanischen Softwarekonzerns Oracle, erreicht mit seinem 25-Milliarden-Dollar-Vermögen gerade mal Platz 14 der *Forbes*-Liste. Aber es reicht für folgende Berechnung, die Austan Goolsbee, Wirtschaftsprofessor an der University of Chicago und Berater von US-Präsident Barack Obama, angestellt hat: »Ellison müsste 183 000 Dollar pro Stunde für Partys oder Essen ausgeben, bloß um zu verhindern, dass er reicher wird.« Das ist schon ein schweres Schicksal. Denn wenn Herr Ellison sich noch ein paar Hightech-Segelboote zulegen würde (er hat schon mal den America's Cup gewonnen) oder noch ein Düsenflugzeug (er hat die Flugerlaubnis für einen italienischen Kampffjet), er würde immer nur noch reicher. Ein Teufelskreis.

Ganz so schwer haben es Deutschlands Superreiche einstweilen noch nicht. Aber das kann ja noch kommen. In Deutschland stieg die Zahl der Millionärshaushalte im Jahr 2007 besonders stark, und zwar um 21 Prozent. Weltweit waren es nur gut 11 Prozent. Das sagt die Boston Consulting Group (BCG) in ihrem *Global Wealth Report 2008*. Danach gibt es 422 000 Millionärshaushalte in Deutschland. Die sind zwar auch von der Finanzkrise betroffen, aber es lässt sich aushalten. Der Reichtum wächst langsamer, weltweit nur noch um 4,9 statt um 7,6 Prozent wie im Jahr zuvor.

Die Deutschen haben über fünf Billionen Euro an Vermögen

angehäuft. Netto. Sagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Mit dem Geld könnte man 17 Jahre lang den kompletten Bundeshaushalt finanzieren. Aber es gehört nicht allen, sondern nur wenigen. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 21 Prozent des Nettovermögens. Das lohnt sich. Zwischen 2001 und 2006 stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkünfte um mehr als 36 Prozent. Sagt das Statistische Bundesamt. Löhne und Gehälter nur um 2,2 Prozent. Wobei es immer noch Reichtum gibt, der hart erarbeitet wird oder wurde. Die Milliarden der Aldi-Brüder Theo und Karl Albrecht, der BMW-Familie Quandt, der Versandhausfamilie Otto, der Boschs, der Mohns, des Schraubenherstellers Würth – das ist im wesentlichen altes Geld, auf herkömmliche Weise erworbener Reichtum. Aber manche Reichen und Superreichen sind auch ohne jede Anstrengung zu ihren Millionen gekommen. Weil Geld auf den Finanzmärkten eben die Eigenschaft hat, sich zu vermehren, ohne Werte zu schaffen, ohne Waren zu produzieren. Das Startkapital muss nur groß genug sein.

Und an das kommt man in diesen Zeiten besonders schnell. Wenn man Glück hat und zu den Erben gehört. Geld, Häuser, Schmuck, Bilder, Aktien und andere Vermögensformen im Wert von 150 Milliarden Euro werden jährlich vererbt. Es kommt aber noch viel besser. Die heute Dreißig- bis Sechzigjährigen gelten als »Erbengeneration«. Im laufenden Jahrzehnt stehen nach Angaben des Deutschen Instituts für Altersvorsorge Vermögen im Wert von gut 1,4 Billionen Euro zur Vererbung an, im nächsten Jahrzehnt werden es rund zwei Billionen Euro sein. Also zwei Millionen Millionen oder zweitausend Milliarden Euro. Ein hübsches Sümmchen. Zwar verteilt auf eine ganze Menge Nutznießer. Aber für ein paar von ihnen wird es zum Reichtum reichen. Auch auf diese Weise werden die Reichen immer reicher.

## 2 Die Obszönität des Systems

Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie?  
Was ist der Einbruch in eine Bank  
gegen die Gründung einer Bank?  
*Bertolt Brecht*

Über all dieses konnte man hierzulande eine ganze Weile recht gemütlich disputieren, und wenn man an lauen Samstagabenden so richtig radikal drauf war, wurde todesmutig das böse Wort von der »Obszönität« des Reichtums in die Runde geworfen. Herbert Marcuse hat das Stichwort geliefert: »Die Gesellschaft ist insofern obszön, als sie einen erstickenden Überfluss an Waren produziert und schamlos zur Schau stellt, während sie draußen ihre Opfer der Lebenschancen beraubt.«<sup>1</sup> Noch schöner freilich sein folgendes Zitat: »Nicht das Bild einer nackten Frau, die ihre Schamhaare entblößt, ist obszön, sondern das eines Generals in vollem Wicks.«<sup>2</sup> Mit diesem Zitat lässt sich besser schimpfen. Etwa so: Herbert Marcuse konnte Josef Ackermann nicht kennen. Und Klaus Esser natürlich auch nicht. Möglicherweise hätte er dann anders formuliert. Wie die sich aufführen, diese Kreuzbuben der deutschen Wirtschaftselite: feixend, großkotzig, Victory-Zeichen, fehlt nur noch die dicke Zigarre im Gerichtssaal – da sage noch einer, der Kapitalismus habe kein Gesicht mehr. Genau so sieht er aus, die Gardeleutnants der Shareholder-Value-Gesellschaft verkörpern ihn. Und wenn das nicht obszön ist, diese Peanuts-Gewissenlosigkeit von nadelgestreiften Ladenschwengeln – was dann? Ein General in vollem Wicks ist nichts dagegen.

So konnte man sich fröhlich reden – in den Zeiten vor der